

# der Decke strecken»

Regierungschef Otmar Hasler zum Budget 2004

haben eine sorgfältige Abwägung der Vor- und Nachteile vorgenommen.

Der Kauf der Berliner Botschaft gab aber noch mehr Zündstoff, war noch umstrittener im Landtag.

Die Diskussion über den Kauf des Botschaftsgebäudes in Berlin wurde äusserst unsachlich geführt und wurde der Bedeutung der Aussenpolitik für unser Land in keiner Weise gerecht. Wir wenden insgesamt rund 1,6 Prozent der Gesamtausgaben für die Aufwendungen der Aussenpolitik auf. Das ist ein Betrag, der im internationalen Vergleich bescheiden ist.

Was das Botschaftsgebäude in Berlin betrifft, so ist klar festzuhalten, dass diese Liegenschaft vom Gesamtwert her ein Glücksfall ist. Das Gebäude selbst wird auf rund 1,5 Mio. Franken geschätzt, das heisst, für ein Botschaftsgebäude, in das sowohl die Kanzlei wie auch der Empfangs- und Wohnbereich integriert werden kann, ist dieser Preis als günstig zu betrachten. Ansonsten müssten wir eine generelle Diskussion über alle Botschaften Liechtensteins führen.

## WAS DIE BOTSCHAFT IN BERLIN BETRIFFT, SO IST FESTZUHALTEN, DASS DIESE LIEGENSCHAFT EIN GLÜCKSFALL IST

Der Erwerb des Grundstückes in einer der besten Lagen Berlins, zu einem Preis, der bedeutend tiefer ist als der Bodenpreis in Vaduz, ist zugleich eine Wertanlage.

Nicht die Regierung ist nach Berlin gefahren und hat diese Liegenschaft begutachtet. Wir haben im Bauamt und vor Ort ausgewiesene Fachleute, die diese Aufgabe für uns erledigt haben und wir haben uns auf deren Urteil verlassen.

Wenn es nun Abgeordnete gibt, die eine andere Ansicht haben, dann kann ich das akzeptieren. Nur,



«Ein Budget für einen Staat zu erstellen, der während einigen Jahren auf der Ausgabenseite hohe Zuwachsraten als Normalität betrachtete, ist sicher nicht einfach», betont Regierungschef Otmar Hasler.

wenn dann Lösungen vorgeschlagen werden, die unter dem Strich bedeutend teurer zu stehen kommen, und das als Beitrag zum Sparen verstanden wird, muss das erklärt werden. Und wenn der VU-Parteipräsident bei den Kosten von «unsinniger Höhe» spricht, dann müsste er eigentlich der Öffentlichkeit erklären, wie dies im Zusammenhang mit dem Immobilienmarkt der Metropole Berlin und dem zum Kauf vorgeschlagenen Gebäude zu verstehen ist.

Die Opposition kritisierte auch die Erhöhung der Staatsquote, wenn Radio L verstaatlicht werde und die Liechtensteinischen Kraftwerke nicht privatisiert würden. Sind Sie nicht der gleichen Meinung?

Die Staatsquote erhöht sich nicht durch die Beteiligung an öffentlichen Unternehmen, wenn diese als Marktproduzenten auftreten, d. h. wenn sie ihre Güter zu marktgängigen Preisen verkaufen, was ja hier der Fall ist.

Natürlich soll der Staat grundsätzlich nicht das machen, was private Unternehmen machen können. Aber die Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks sichert und erweitert das Informationsangebot und ist damit auch im Interesse des Staates.

## BEI DER PRIVATISIERUNG DER LKW SIND WIR VORSICHTIG, NICHT ZULETZT DURCH DIE LEIDVOLLEN ERFAHRUNGEN MIT DER TELEKOMMUNIKATION

Das ist der Grund, warum die Regierung Radio L erhalten und in einen öffentlich-rechtlichen Sender überführen will. Dabei handelt es sich nicht um irgendein Unternehmen, sondern um die «Stimme Liechtensteins», die gefehlt hat, bevor Radio L auf Sendung ging.

Bei der Privatisierung der Liechtensteinischen Kraftwerke sind wir vorsichtig, nicht zuletzt durch die leidvollen Erfahrungen mit der Telekommunikation. Was nützt es uns, wenn wir die Privatisierung vorantreiben und der Bürger sich am Schluss fragen muss, warum bringt dieses vormals florierende Unternehmen dem Staat kein Geld mehr ein?

Ich höre heute noch Leute, die mir sagen, es wäre besser gewesen, man hätte bei der Telekommunikation auf die Liberalisierung verzichtet und wäre weiterhin aus allen Ländern der Welt problemlos erreichbar gewesen. Ganz zu schweigen von der Kostenseite.

Bei der Stromversorgung ist die Situation noch heikler. Wir sind bisher gut gefahren mit den Liechtensteinischen Kraftwerken, haben immer Strom gehabt, ohne Probleme. Ausländische Beispiele mit privaten Stromgesellschaften bestärken uns in unserer Vorsicht vor einem neuen Experiment.

## Zeit bringt «andere Risikomöbelierung»

Referat von Bundesrat Samuel Schmid beim Liechtensteiner Presseclub (LPC)

VADUZ – Im Rahmen seines offiziellen Liechtenstein-Besuches hielt Bundesrat Samuel Schmid gestern Abend ein äusserst aufschlussreiches Referat vor dem Internationalen Liechtensteiner Presseclub. Nicht nur die hochrangigen Besucher aus Politik und Wirtschaft waren vom reddegewandten Bundesrat begeistert.

• Peter Kündle

«Die schweizerische Armeeform und die europäische Sicherheitsarchitektur»: So lautete das Thema, zu welchem Bundesrat Schmid vor rund 80 Gästen im Hotel Real referierte. Im Zentrum der Ausführungen des Bundesrates stand die vollzogene Reform des Militärs von vormals 380 000 Wehrpflichtigen zum heutigen Stand von 240 000 «Dienstleistungspflichtigen». Bundesrat Schmid betonte, dass es für die Schweiz sinnvoll sei, an einem Milizsystem festzuhalten: Eine Wende zu einem Berufsheer komme nicht in Frage.

Die Armee verfolge heute auch

andere Ziele als noch vor wenigen Jahren: «Die Bevölkerung lebt heute in einer anderen Risikomöbelierung; Terrorismus und biologische Waffen können die Bevölkerung lethal treffen.» Aus diesem Grund sei es insbesondere wichtig, dass die Schweiz – auch bei einem nachdrücklichen «Nein» zur NATO – internationale Aufgaben übernehme. Die Nicht-Mitgliedschaft der Schweiz hindere nicht daran, mit zivilen und militärischen Mitteln friedensunterstützende Einsätze dieser Organisation zu unterstützen. Beispielführend führte der Bundesrat das so genannte «Ratnership for Peace» an und hielt fest, dass rund 220 Personen die KFOR-Einheiten unterstützen. Des Weiteren sei die Schweiz auch in Afghanistan vertreten.

### Beiträge leisten

Eine zukunftssträchtige Armee muss in der Lage sein, im Rahmen der europäischen Sicherheitsarchitektur Beiträge zu leisten, die im gemeinsamen Interesse liegen. Des Weiteren müsse eine Armee Herausforderungen – vordergründig

bei friedensunterstützenden Einsätzen – meistern. Schmid erklärte aber, dass jede Armee konsensfähig sein müsse. «Es geht sicher nicht darum, das Leben in der Schweiz zu militarisieren.»

### Übertretungen geahndet

Pikantes Detail am Rande: LPC-Präsident Walter Bruno Wohlwend, der als Gastgeber die Besucher begrüßte, konfrontierte den sympathischen Bundesrat mit einer histo-

rischen Tatsache aus dem Jahre 1968, als die Schweizerische Armee unser Naherholungsgebiet Malbun beschossen hatte. Schmid, der sich an den Vorfall erinnern konnte, konstatierte diesen Übergriff gekonnt und hielt fest, dass die schweizerische Armee bereits wieder einen «Übergriff» nach Liechtenstein wagt, und tatkräftig dabei half, Sicherheitszäune für das Fussballspiel gegen England zu errichten.



Landtagspräsident Klaus Wanger und LPC-Präsident Walter Bruno Wohlwend in angeregter Unterhaltung mit Bundesrat Samuel Schmid.

## NACHRICHTEN

### Heilquelle – Trinkquelle – Geldquelle?

VADUZ – Die UNO hat das Jahr 2003 zum Jahr des Wassers erklärt, um über verschiedene Gesellschaftsbereiche hinweg eine öffentliche Debatte über diese lebensnotwendige Ressource anzuregen. In Liechtenstein haben sich LGU, LED und ev. Kirche – Organisationen mit unterschiedlichsten Zielsetzungen – zusammengefunden, um gemeinsam diesem Anspruch gerecht zu werden. Die Auswahl der Vorträge und Workshops ergänzt zusätzlich die zum Jahr des Wassers laufende Fotoausstellung in den Räumlichkeiten der ev. Kirche. Den Auftakt der Reihe bildet der Diavortrag von Claus Biegert am Mittwoch, den 22. Oktober im Treffpunkt der ev. Kirche Vaduz-Ebenholz.

«Wann dürfen Flüsse klagen?» Unter diesem Titel wird Claus Biegert, Buchautor, Rundfunkreporter, Filmemacher und Umweltaktivist, die Achtung vor dem Wasser in indigenen Kulturen dem verantwortungslosen Umgang unserer High-Tech-Gesellschaft gegenüberstellen. Claus Biegert beschäftigt sich seit nunmehr 30 Jahren mit indigenen Völkern, deren Bedrohung sowie der Ausbeutung ihrer Lebensräume. Eintritt: 8 CHF.

Am Mittwoch, den 5. November, wird eine Wasserwerkstatt mit drei parallel stattfindenden Workshops zu den Themen «System Alpenrhein» (Moderation: Pierre Walz, Co-Präsident Pro Natura St. Gallen-Appenzell), «Klima, Wasser und Eis» (Moderation: Oskar Keller, Geograph und Glaziologe Pädagogische Hochschule St. Gallen) und «Privatisierung von Wasser» (Moderation: Erich Zucalli, ATTAC-Vorarlberg) im Treffpunkt von 19.00 bis 22.00 Uhr stattfinden. Anmeldungen unter info@lgu.li oder 00423-232-5262, Teilnahme 20/15 CHF.

Am Mittwoch, den 19. November wird unter dem Titel «Wasser Global: Wasser – eine beschränkte Ressource» Franz Gähwiler (Helvetas, Zürich) um 19.30 Uhr einen Film zeigen und zur konfliktiven Wassernutzung Stellung nehmen. Eintritt 8 CHF.

Am Mittwoch, den 26. November veranstalten die Erwachsenenbildung Stein-Egerta und der Liechtensteiner Gymnasiallehrerverein eine Podiumsdiskussion zum Thema «Wem gehört das Wasser?» im Rahmen der Mühleholzgespräche im Foyer des Gymnasiums Mühleholz um 17.15 Uhr. Eintritt frei.

### Whisky Seminar II

SCHAAN – In diesem Kurs werden Grundkenntnisse vertieft. Hefen, Gärung, Ausbau in verschiedenen Fässern, Lagerzeiten etc. Auch wird behandelt, welchen Einfluss Bodenbeschaffenheit, Klima und die verwendete Gerste haben. Im Anschluss an den theoretischen Teil wird eine geleitete Whisky-Degustation geboten. Als Gastreferent konnte Daniel Kissling gewonnen werden. Er ist ein Kenner der Szene und hervorragender Fachmann.

Der Kurs 187 beginnt am 22. Oktober um 19 Uhr, ein Abend zu drei Stunden im Hotel Schaanerhof in Schaan. Anmeldung und Auskunft bei der Erwachsenenbildung Stein-Egerta in Schaan, Telefon 232 48 22 oder per E-Mail: info@stein-egerta.li.

## LESERMEINUNG

### Sinnvolle Verkehrsberuhigung

Vielleicht ist eine Verkehrsberuhigung wie «Buckel» in der Gapetschstrasse in Schaan nicht unbedingt angenehm für uns Autofahrer. Vielleicht lassen sich nicht viele Autofahrer davon abhalten eine solche Strasse zu benutzen, aber eines ist ganz bestimmt sicher, die Fahrt muss verlangsamt werden! Wenn man selbst noch Kinder hat oder gehabt hat, ab und zu auch mal mit dem Fahrrad oder zu Fuss durch unsere Strassen fährt oder geht, dann wird einem sicherlich sehr schnell bewusst, dass die Unvernunft vieler Automobilisten vehement gebremst werden muss! Ausser man ist gewillt ein totes oder vielleicht ein angefahrenes Kind in Kauf zu nehmen. Ich jedenfalls nicht!

Geimeinderat Wido Meier  
Feldkircherstr. 81b, Schaan